



Verlängerung der Lebensarbeitszeit Gutachten bestätigt die Argumentation der GdP

Das Ministerium des Innern ist seinem Auftrag nachgekommen. Zur Evaluation der Erhöhung der Lebensarbeitszeit bei den Polizistinnen und Polizisten von 60 auf 63, resp. 65 wurden zunächst im Frühjahr 2009 Daten erhoben, die durch Prof. Dr. Nachreiner von der Universität Oldenburg wissenschaftlich ausgewertet wurden. Die Studie umfasst insgesamt 31 Seiten. Sie bestätigt die Vorbehalte, die von der Gewerkschaft bereits im Gesetzgebungsverfahren 2003 eingebracht worden waren.

Im Folgenden sind die wichtigsten Argumente der GdP und die Feststellungen der Studie dargestellt:

GdP: Die Polizei ist jetzt schon überaltert.

Zitat Studie: "... die Altersverteilung der Polizei Rheinland-Pfalz [ist] eher unausgewogen, und zwar aufgrund eines „Übergewichts“ der Altersgruppen zwischen 45 und 59 Jahren. Die Gruppe der Beamten zwischen 45 und über 60 Jahren nimmt 2009 bereits etwa 50 % ein, d. h. jeder zweite Beamte ist über 45 Jahre alt."

GdP: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit verstärkt die Überalterung.

Zitat Studie: "In den nächsten 10 bis 15 Jahren ist aufgrund der vorhandenen Überrepräsentation der Gruppe der 45- bis über 60-jährigen mit einer weiteren Überalterung der Polizei sowie daraus folgend mit einem verzögerten starken Anstieg von Pensionierungen zu rechnen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit trägt weiter zur Überalterung der Belegschaft bei, da diese große Gruppe zukünftig 3 bis 5 Jahre länger im Dienst bleiben muss."

GdP: Die Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen hat sich seit 2000 auf 900 fast verdoppelt und wird durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit weiter steigen.

Zitat Studie: "Da sich der Anteil der Älteren an der Gesamtbelegschaft künftig durch die Lebensarbeitszeitverlängerung erhöhen wird, steigt vermutlich die Anzahl wie der Anteil eingeschränkt Dienstfähiger insgesamt ebenfalls. Das heißt, in Zukunft ist durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein weiterer Anstieg ... der eingeschränkt dienstfähigen Beamten insgesamt zu erwarten."

"...Sowohl die absolute Anzahl als auch der prozentuale Anteil eingeschränkt Dienstfähiger ist seit 2002 in großem Umfang gestiegen. Aus den Angaben in der Großen Anfrage geht sogar eine Steigerung um 100 % hervor..."

"Seit dem Jahr 2006 sind etwa 12 % der 50-59jährigen nur noch eingeschränkt dienstfähig. Die Tendenz ist dabei steigend. ... so wird sich wahrscheinlich der Anteil der eingeschränkt dienstfähigen Beamten über 60 Jahre in Zukunft deutlich erhöhen."

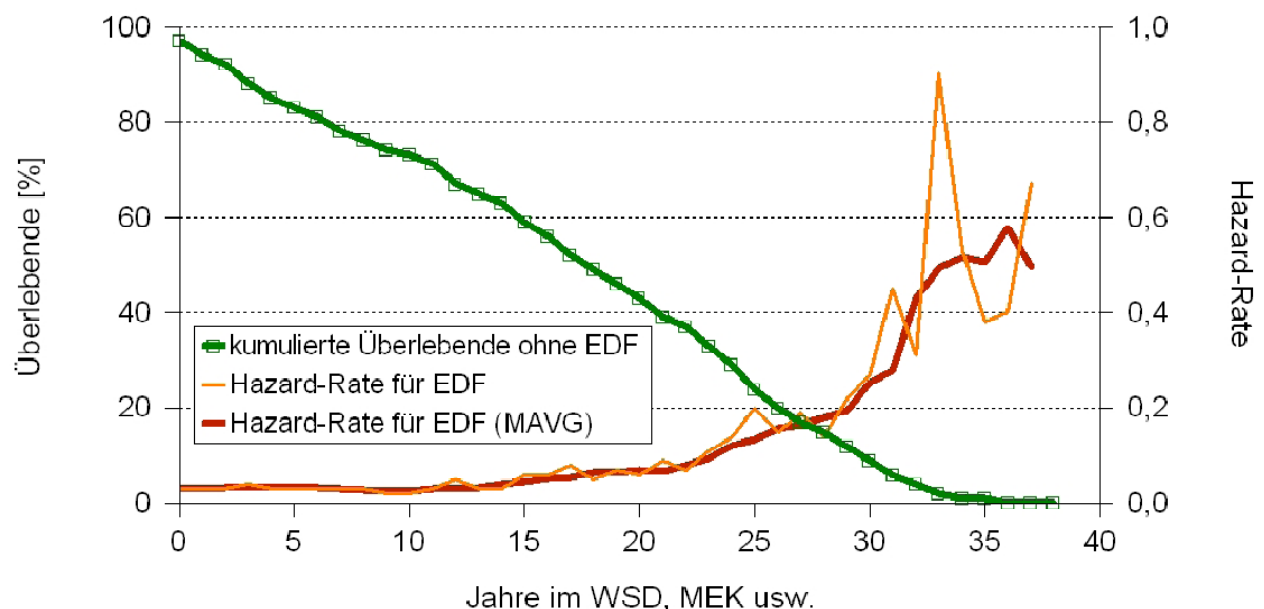
GdP: Ältere leiden häufiger unter Erkrankungen.

Zitat Studie: "... die Anzahl der Fehltage [steigt] mit zunehmendem Alter an (und zwar überproportional ..."

GdP: Durch den Zwang, ältere Kollegen vor gefährlichen und besonders belastenden Einsätzen zu schützen, werden die Jüngeren überlastet.

Zitat Studie: "... die Anzahl der Fehltage im untersuchten Zeitraum insgesamt deutlich gestiegen ist. Dies ist insbesondere dem starken Anstieg der Fehltage in der Gruppe der 30-39jährigen geschuldet."

Die wichtigste Grafik ist die Abbildung des Anteils "der Personen ohne eingeschränkte Dienstfähigkeit (EDF) und Hazard-Raten für EDF in Abhängigkeit von der Dauer des Wechselschichtdienstes..." Sie belegt eindrucksvoll, dass der Wechselschichtdienst schlaucht. Das im Vergleich zum Grundniveau höhere Gesundheitsrisiko bleibt die ersten 10 Jahre WSD konstant, steigt dann langsam, ab 15 Jahren WSD deutlich und ab 20 Jahren WSD sehr stark an.



Zitat Studie: "Das Risiko für den Eintritt der EDF (gelbe bzw. rote Linie) lässt bis zur Dauer von etwa 13 Jahren WSD keinen Anstieg (gegenüber einem Grundrisiko) erkennen. Von da an nimmt es jedoch zunächst leicht zu und steigt jenseits von etwa 22 Jahren WSD sehr stark (exponentiell) an."

Nach etwa 18 Jahren im WSD haben 50 % der eingeschränkt Dienstfähigen diese Beeinträchtigung ihrer Gesundheit erlitten.

Das Risiko, wegen Dienstunfähigkeit auszuschneiden, erhöht sich jenseits von 15 Jahren WSD und nimmt ab etwa 22 Jahren im WSD sehr stark zu.

Dabei ist zu erkennen, dass beide Risikoverläufe einen exponentiellen Trend aufweisen, der nach 20 Jahren WSD besonders stark ansteigt. Das Risiko für eine gravierende gesundheitliche Beeinträchtigung ist demnach nach 20 Jahren im Wechselschichtdienst bereits deutlich erhöht und steigt mit jedem zusätzlichen Jahr im Schichtdienst weiter sehr stark an."

...

"Wenn mehr als 22 Jahre im Wechselschichtdienst geleistet wurden, können die negativen gesundheitlichen Folgen offensichtlich nicht mehr aufgefangen werden und steigen mit jedem weiteren Jahr im WSD überproportional an."

GdP: Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird die 'Kampfkraft' der Polizei geschwächt.

Zitat Studie: *"Es wird deutlich, dass die Mehrzahl der Dienststellen einen Einsatz der über sechzigjährigen Beamtinnen und Beamten für nicht oder nur eingeschränkt möglich hält. Die Begründung dafür liegt in den meisten Fällen in der erhöhten körperlichen Belastung sowie in den häufig ungünstigen Arbeitszeiten in derartigen Einsätzen."*

...

In den Antworten wurde weiterhin von 6 der Dienststellen darauf hingewiesen, dass nicht genügend angemessene Arbeitsplätze für ältere und/oder eingeschränkt dienstfähige Beamtinnen und Beamte vorhanden sind.

Darüber hinaus sehen 7 der Dienststellen eine Gefährdung der Gesundheit der Jüngeren, da diese zunehmend die stärker belastenden Tätigkeiten übernehmen müssten, welche von den Älteren und/oder eingeschränkt Dienstfähigen nicht mehr ausgeführt werden können."

GdP: Aus gesundheitlichen Gründen müssen die Kollegen nach 20 Jahren WSD und ab dem 50. Lebensjahr die Zusage erhalten, freiwillig aus dem WSD ausscheiden zu können.

Zitat Studie: *"Aus wissenschaftlicher Sicht wird in der Regel ein maximales Alter von 50 Jahren empfohlen, bis zu dem Schichtdienst geleistet werden sollte."*

Noch einige Zitate aus dem Fazit der Studie:

"Dies führte dazu, dass heute bereits 50 % der Beamten über 45 Jahre alt sind und in den nächsten Jahren eine zunehmende Überalterung der Polizei droht, wozu die Neuregelung des § 208 LBG weiter beiträgt."

"Der Trend zur Überalterung der Polizei wurde damit nicht aufgehalten, sondern eher weiter verstärkt."

"Dadurch sollte das Risiko für gesundheitliche Beeinträchtigungen ... wahrscheinlich zukünftig weiter steigen und die Zahl ... einsatzfähiger Personen weiter verringern. Dies wird bereits von den Dienststellen als problematisch angesehen. Ebenso beklagen die Dienststellen mehrheitlich, dass die Beamten über 60 Jahre in der Regel nicht ohne Probleme in Sokos, Fahndungsgruppen, Projektgruppen und Großeinsätzen eingesetzt werden können und es insgesamt an geeigneten Arbeitsplätzen für diese Beamten mangelt."

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: "Jetzt liegen die Daten und Fakten auf dem Tisch! Und niemand kann mehr behaupten, die Darstellungen der Gewerkschaft seien rein interessegeleitete Angaben, die nicht der Realität entsprechen. Im Jahr 2003 wurden die Feuerwehrleute wegen ihrer besonderen Belastungen von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ausgenommen. Damals blieben unsere Argumente ungehört. Jetzt ist der Dienstherr am Zug!" Die GdP ist umfassend vorbereitet. Gespräche sind bereits vereinbart.

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15 – 55129 Mainz Telefon: 06131/96009-0 – Telefax: 06131/9600999

www.gdp-rlp.de, V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach